Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 85.

Anzeigenpreise: Die 8-gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 30 Pfennige, auswärtige Anzeigen 35 Pfennige, Reklamezeile 60 Pfennige, auswärtige Reklamen 1 Reichsmark, amtliche Zeile 30 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1066

Nr. 3 — Dienstag, den 5. Januar 1932 — 27. Jahrgang

Gandhi wieder verhaftet

Bedrohliche Lage in Indien

Bombay, 3. Jan. Gandhi ist verhaftet worden.

Vor der Verhaftung

London, 3. Januar. Die gesamte Presse berichtet eingehend von der immer bedrohlicher werdenden Lage in Indien. Ueberschriften wie: „Bruch mit dem Kongreß jetzt erwartet", „Gandhi kann unverzüglich verhaftet werden", „Indien am Vorabend großer Entscheidungen" kennzeichnen die Stimmung der Blätter. Reuter berichtet aus Bombay, Gandhis Verhaftung stehe unmittelbar bevor und man erwarte, daß der Kongreß jeden Augenblick für ungesetzlich erklärt werde. Man glaube auch, daß jede finanzielle Unterstützung des Kongresses verboten werde. Gandhi erklärte dem Reuter-Korrespondenten heute früh um [illegible] Uhr, er erwarte jede Minute, verhaftet zu werden, und er sei sehr traurig darüber, daß er das Telegramm vom Vizekönig erhalten habe. Gandhi widmete sich heute um 6.30 Uhr früh seinen täglichen Gebeten, worauf die Lichter ausgelöscht wurden. Dann erklärte er sehr bewegt: Vielleicht ist dies unser letzter Morgen des Gebets.

Gandhi über die Antwort des Vizekönigs

Bombay, 2. Jan. Gandhi erklärte einem Vertreter des Reuterbüros, daß ihn die Antwort des Vizekönigs mit tiefer Betrübnis erfüllt habe. Der Vizekönig habe gewissermaßen die Tür schroff vor ihm zugeschlagen, indem er für die von Gandhi erbetene Unterredung Bedingungen stellte, die kein Mensch, der Selbstachtung besitze, habe annehmen können.

Verhaftung des indischen Kongreßpräsidenten

Bombay, 3. Jan. Der Präsident des Kongresses, Vallabhai Patel, ist gleichfalls verhaftet worden. Gandhi und Patel wurden in das Yerwada-Gefängnis in Puna gebracht.

Erregung in London

Ueber die letzten Vorgänge, die bis zu diesem Ereignis führten, dessen Folgen noch gar nicht abzusehen sind, liegen folgende Meldungen aus London vor: Der indische Vizekönig Lord Willington hat Gandhis letztes Gesuch um Gewährung einer bedingungslosen Unterredung abgelehnt mit der Begründung, daß er sie unter den jetzigen Verhältnissen nicht mehr für angebracht halte. Er könne sich zu einer solchen Unterredung angesichts des Druckes, den der Kongreß mit der Androhung eines neuen Ungehorsamkeitsfeldzuges ausübe, nicht bereit erklären. In dem Antwortschreiben werden Gandhi und der Kongreß für alle Folgen, die sich aus dem angekündigten Ungehorsamkeitsfeldzug ergeben sollten, voll verantwortlich gemacht. Die indische Regierung werde die schärfsten Maßnahmen gegen die Gehorsamkeitsverweigerung ergreifen. Gandhi hat geäußert, daß er die Verweigerung der Unterredung als einen der größten Fehler der Regierung und als einen glatten Bruch des Abkommens von Delhi betrachte.

Man glaubt ferner in Bombay, daß Gandhis plötzlicher Entschluß, seine für heute abend vorgesehene Abreise nach Ahmedabad aufzuschieben, die Behörden in Verlegenheit gebracht hat, die — wie Gerüchte besagten — den Mahatma um Mitternacht etwa 70 Meilen nördlich von Bombay verhaften wollten. Die Polizei soll neue Maßnahmen für eine Festnahme vorgesehen haben. Einer der bedeutendsten Führer im Kongreß, Subhas Bose, ist in der Eisenbahn auf der Reise von Bombay nach Kalyan von der englischen Polizei bereits verhaftet und nach einem unbekannten Bestimmungsort geschafft worden.

Protest der Arbeiterpartei

London, 3. Januar. Der englische Sozialistenführer Lansbury hat an den indischen Vizekönig ein Telegramm geschickt, in dem er ihm die Entrüstung der Arbeiterpartei ausspricht über die Weigerung der indischen Regierung, die Verordnungen gegen den Terror mit Gandhi zu besprechen. Gandhis Ziel sei die friedliche Entwicklung Indiens zum sich selbst regierenden Staat in Zusammenarbeit mit der Regierung, und seine Vorschläge sollten daher von der Regierung auf das stärkste berücksichtigt werden.

Sicherheit — Abrüstung!

Je näher der Termin des Beginns der Abrüstungskonferenz heranrückt, destomehr versuchen die an ihrer Nichtabrüstung besonders interessierten Mächte mit allen möglichen und unmöglichen Gründen der Weltöffentlichkeit klarzulegen, daß ihre Rüstung gerade jenes Maß von Sicherheit gewährleistet, die die Erhaltung der Selbständigkeit ihres Landes erheischt. Erfinderisch und um keine Ausrede verlegen, haben die Franzosen erst kürzlich die kühne Behauptung aufgestellt, die deutschen Wehrverbände bildeten eine geheime militärische Reserve der Reichswehr, und alle nur denkbaren zivilen Einrichtungen, z. B. Zivilflugzeuge, könnten im Handumdrehen in Kriegsflugzeuge umgebaut werden. In einem Interview des Reichswehrministers für den „International News Service" sind alle diese Behauptungen schlagend widerlegt worden. Ministerpräsident Laval hat erst kürzlich darauf hingewiesen, daß der Betongürtel, der sich von Belgien bis zur Schweizer Grenze um die entmilitarisierte Westmark legt, ausschließlich der Verteidigung des Landes diene; also die Angst vor dem plötzlichen Ueberfall von 100 000 Mann, die östlich der 50-Kilometerzone über ganz Deutschland verteilt stehen, sollen ernsthaft eine militärische Festungsanlage rechtfertigen, deren Erbauung überhaupt nur möglich war aus den Tributen, die das deutsche Volk in mehr als einem Jahrzehnt gezahlt hat. Leider hat weder in Genf noch sonstwo bisher der Delegierte einer der im Völkerbund vertretenen Mächte es unternommen, die Behauptung der Franzosen als Lächerlichkeit zu brandmarken. Das ist bedauerlich, denn dadurch werden Frankreich und seine Vasallenstaaten nur ermutigt, in der Abrüstungsfrage ihrer Phantasie die Zügel schießen zu lassen. Der polnische Außenminister Zaleski dreht die Dinge jetzt um und behauptet kühnlich, erst müsse die Sicherheit seines Landes gewährleistet sein, dann könne man von Abrüstung sprechen. Daß Deutschland ein unwiderlegbares Recht hat, die Abrüstung der anderen, auf Grund des Versailler Vertrages zu fordern, wird ignoriert. Stimmte man in Genf der polnischen Auffassung, die natürlich auch der französischen offiziellen entspricht, zu, dann würde über den Begriff angeblich bedrohter Sicherheit an Stelle der von uns geforderten Abrüstung ein neues fröhliches Aufrüsten in Ost und West beginnen.

Die ganze Welt ist wohl davon überzeugt, daß Frankreich und seine Vasallen zu keiner Konzession bereit sein werden. Auch in Deutschland macht man sich darüber keine Illusionen. Immerhin beherrscht die anderen Großmächte in zunehmendem Maße der Unbeherrscht die anderen Großmächte in zunehmendem Maße der Unrischem wie auf finanziellem Gebiet. Nach beiden Richtungen braucht Frankreich keine Sicherheit mehr, denn tatsächlich besitzt es die Vorherrschaft in Europa. Frankreichs Ziel ist aber die Aufrechterhaltung dieser Hegemonie und weiterhin der Ruin und die Zertrümmerung Deutschlands, die die „Action francaise" als beste Lösung der derzeitigen internationalen Schwierigkeiten ansieht. Aus diesem Grunde kann es für den Führer der deutschen Delegation für die Abrüstungskonferenz bei einem Scheitern derselben nur eine Möglichkeit geben, und hinter ihr steht die Mehrheit der Nation: Koffer packen, abreisen!

Oberstleutnant a. D. Karwiese.

Eine verdächtige Wendung

Schwenkung der französischen Presse in der Frage der Reparationszahlungen

Paris, 3. Jan. Im Gegensatz zu den bisherigen französischen Erklärungen konnte man gestern überraschenderweise in der französischen Presse lesen, die Regierung könnte sich über den Zeitpunkt der Konferenz in Lausanne erst dann besprechen, wenn die in Berlin tagenden Bankiers fertig geworden wären. Demnach erkennt die französische Presse also doch eine Beziehung zwischen den kurzfristigen deutschen Verpflichtungen und den Reparationszahlungen an und muß, wenn auch stillschweigend, zugeben, daß sie bei der Behandlung des Reparationsproblems einen Standpunkt vertreten hat, den sie jetzt aufgeben muß.

Pertinax teilt im „Echo de Paris" mit, daß die französische Regierung der englischen nunmehr offiziell erklärt habe, daß das Datum für die Eröffnung der Regierungskonferenz erst nach Beendigung der Berliner Stillhalteverhandlungen festgelegt werden könne. Die französische Regierung, so betont der außenpolitische Berichterstatter des Blattes, gehe dabei von dem Wunsche aus, daß der Konferenz die genaue Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu nennen, was erst nach dem Abschluß der Beratungen über die Rückzahlung der kurzfristigen Kredite möglich sei. Man befürchte, daß die Gläubigerbankiers Deutschlands nach Kenntnisnahme eines neuen Moratoriumstextes darin gewisse Schwächen entdecken könnten, die sie mit Hilfe Deutschlands geschickt zu ihren Gunsten ausnutzen könnten. Pertinax ist der Ueberzeugung, daß die Vertagung der Regierungskonferenz bis nach den Berliner Verhandlungen eine Verzögerung bis ins Ungewisse darstelle, da Deutschland im Augenblick seinen Privatgläubigern denselben Widerstand entgegensetze wie den Tributgläubigern und das Ende der Besprechungen daher noch gar nicht abzusehen sei.

England gegen Verschiebung der Reparationskonferenz

auf den 20. Januar

London, 3. Januar. In hiesigen politischen Kreisen war eine einige Besorgnis wegen der Möglichkeit einer weiteren Verzögerung in der Zusammenkunft der Regierungen zur Erörterung der Reparations- und Kriegsschuldenfrage bemerkbar. Auf die zum Beginn des neuen Jahres erfolgte Mitteilung, daß die britische Regierung die Initiative ergriffen hat, um die Konferenz nach Lausanne einzuberufen, folgte die Andeutung, daß die Franzosen wünschen, den Zeitpunkt vom 18. Januar, der, wie man glaubte, allgemeine Zustimmung gefunden hatte, auf den 20. Januar zu verlegen. Dieser Unterschied von zwei Tagen wird hier für ernst angesehen, da man befürchtet, daß er den Erfolg der Reparationskonferenz selbst, oder den der Weltabrüstungskonferenz, die bereits für den 2. Februar festgesetzt worden ist, beeinträchtigen wird. Man ist der Ansicht, daß die vorgeschlagene weitere Verzögerung von zwei Tagen eines von drei Dingen bedeuten kann: 1. Daß die Abrüstungskonferenz verschoben werden muß, 2. daß ihre Eröffnung dilatorisch erfolgen muß oder 3. daß die Konferenz zur Erwägung der Reparationen und Kriegsschulden nicht enden wird, bevor die Abrüstungskonferenz beginnt und daß ihre endgültigen Beschlüsse daher verschoben werden müssen. Es besteht Grund zu der Annahme, daß die britische Regierung in Anbetracht dieser Erwägungen wegen der Verzögerung in der Zusammenkunft der Reparationskonferenz beginnt unruhig zu werden. Es verlautet, daß sogar ein früherer Zeitpunkt als der in ihrer Einladung an die Mächte vorgeschlagene 18. Januar der britischen Regierung vorgeschwebt habe. Fast zwei Wochen sind schon vergangen, seitdem die ernste Warnung aus Basel an die Nationen gerichtet wurde, daß eine allgemeine Katastrophe die Folge sein wird, wenn nicht eine sofortige Aktion von allen an dem Problem der Reparationen und Kriegsschulden beteiligten Nationen unternommen wird. „Entscheidungen ohne Verzögerung", so lautet der Appell, der der Baseler Ausschuß an die Regierungen gerichtet hatte und die britische Regierung hatte unverzüglich nach Veröffentlichung des Sachverständigenberichtes ihre Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, sich sofort anderen Regierungen in der Bemühung anzuschließen, zu einer Lösung und Regelung der Krise zu gelangen, der sich alle Nationen gemeinsam gegenübergestellt sehen. Die Beunruhigung der britischen Regierung wegen der Verzögerung in der Abhaltung der Konferenz ist daher umso größer.

Noch keine endgültige Entscheidung über den Termin der Reparationskonferenz

Berlin, 2. Jan. Im Zusammenhang mit den Aeußerungen der französischen Presse über eine Verschiebung der Reparationskonferenz erfahren wir von unterrichteter Seite, daß bisher lediglich der Konferenzort Lausanne feststeht. Ueber den Zeitpunkt des Zusammentritts der Konferenz ist noch keine endgültige Entscheidung getroffen. Möglicherweise tritt entsprechenden französischen Wünschen eine kurze Verschiebung von wenigen Tagen ein.

Amerikanisch-japanischer Zwischenfall

Der amerikanische Vizekonsul in Mukden tätlich angegriffen

Neuyork, 3. Jan. Nach einer Meldung aus Mukden ist der amerikanische Vizekonsul von japanischen Soldaten tätlich angegriffen worden. Auf diplomatischem Wege wurde dagegen Protest eingelegt.

Neuyork, 3. Jan. Der Vertreter der Associated Preß in Mukden berichtet zu dem amerikanisch-japanischen Zwischenfall: Der amerikanische Konsul in Charbin, Chamberlain, wurde in Mukden von einer aus drei japanischen Soldaten bestehenden Patrouille mißhandelt. Als er sein Auto verließ, das die amerikanische Flagge und das amerikanische Wappen zeigte, erhielt er schwere Schläge ins Gesicht, obwohl er seinen Diplomatenpaß vorzeigte. Der amerikanische Generalkonsul in Mukden und der Konsul selbst erhoben bei dem japanischen Konsul persönlich nachdrücklichen Protest. Dieser ordnete eine gründliche Untersuchung an.

Reichskanzler Dr. Brüning wieder in Berlin

Berlin, 3. Jan. Reichskanzler Dr. Brüning ist im Laufe des heutigen Abends von seinem kurzen Weihnachtsurlaub wieder nach Berlin zurückgekehrt.

Verlängerung der Zeichnungsfrist für die steuerfreie Reichsbahnanleihe

Berlin, 2. Jan. Die nach den bisherigen Bestimmungen mit dem 31. Dezember 1931 abgelaufene Frist für die Abgabe der Zeichnungserklärung auf die steuerfreie Reichsbahnanleihe wird bis zum 1. Februar 1932 einschließlich verlängert.

Wilder Streik im Ruhrgebiet

Essen, 2. Jan. Die heute in Kraft tretende zehnprozentige Lohnkürzung für die Bergarbeiter des Ruhrbergbaues wurde von radikaler Seite dazu benutzt, einen Gegenstreik anzuzetteln, der aber bisher nur in zwei Schachtanlagen befolgt wird, und zwar von den Schachtanlagen „Bergmannsglück" in Gelsenkirchen-Buer und „Rheinpreußen" am Niederrhein. Auf der Zeche „Bergmannsglück" streiken von 680 Mann der Morgenschicht 374. Auf